

17. JUNI 1953



Vor 70 Jahren kam es in der gesamten DDR zu Streiks und spontanen Protesten. Mehr als eine Million Menschen forderten demokratische Grundrechte und ein Ende der Diktatur.

Sowjetpanzer und DDR-Polizei schlugen den Volksaufstand blutig nieder: 55 Menschen starben, rund 15.000 wurden verhaftet.

Volksaufstand in der DDR

Liebe Leserinnen und Leser!

Den 17. Juni als „Tag der Deutschen Einheit“ habe ich noch als Feiertag in Erinnerung. Ich freute mich natürlich, dass wir frei hatten. Aber nicht nur im Westteil der Stadt war trotzdem den meisten – mir auch – bewusst, dass es ein besonderes Datum war. Wir lebten mit der Mauer, aber wir ahnten, dass sie nicht das letzte Wort sein konnte.

Der 17. Juni 1953 ist die erste der großen Aufstandsbewegungen gegen den Sowjetkommunismus im Ostblock gewesen. Am 5. März 1953 war Josef Stalin gestorben. Die DDR-Führung war verunsichert, in der Bevölkerung kam Hoffnung auf – Hoffnung auf ein besseres Leben, Hoffnung auf Freiheit. Doch das SED-Regime unter Walter Ulbricht hatte den „Aufbau des Sozialismus“ propagiert. Lebensstandard und Produktion sanken. Die Folge waren Normerhöhungen. Die Beschäftigten sollten mehr arbeiten für das gleiche Geld.

Was die Bauarbeiter der Stalinallee begannen, verbreitete sich wie ein Lauffeuer überall in der DDR. Aus einem Arbeiterprotest wurde ein Generalstreik und sodann ein Aufstand des Volkes – ein Aufstand für Freiheit, für Demokratie und für die Einheit Deutschlands. Sowjetische Panzer walzten die Demonstrationen im Herzen Berlins blutig nieder. Der 17. Juni war und ist deshalb auch immer ein Tag der Trauer. Es gab Tote, Verletzte, Verhaftungen und Verurteilungen.

Am 70. Jahrestag des 17. Juni wissen wir, dass wir den 9. November 1989 auch den Freiheitskämpfern verdanken, die 1953 auf die Straße gingen. Der Tag der Maueröffnung war der große Tag der Freude für Berlin und für unser Land. Seit 1953 hatte die SED-Führung den 17. Juni immer als Bedrohung vor Augen. Seit dem Juni 1953 wusste das Regime, dass seine Diktatur nicht mit der Zustimmung der Menschen rechnen konnte.

Am 70. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953 gedenken wir der Opfer. Wir danken den mutigen Frauen und Männern, die den Weg gewiesen haben zur Gewinnung der Freiheit für alle Berlinerinnen und Berliner, zu Demokratie, Rechtsstaat und schließlich zur Einheit Berlins und unseres Landes. Ohne die mutigen Menschen von damals wür-

den wir Berlinerinnen und Berliner heute nicht ohne Mauer, frei und miteinander in der „Stadt der Freiheit“ Berlin leben können.

*Kai Wegner,
Regierender
Bürgermeister
von Berlin*



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Eröffnung der Fotoausstellung

Ein Zeichen der Hoffnung

Es sind nur fünf Tafeln, mit denen die aktuelle Fotoausstellung über den 17. Juni 1953, organisiert von Kulturprojekte Berlin und aufgestellt gegenüber der russischen Botschaft Unter den Linden, über den Arbeiteraufstand der DDR informiert. Fünf Tafeln, die über die Bedeutung und das Ausmaß eines der größten Proteste in der Geschichte des selbsternannten Arbeiter- und Bauern-Staats aufklären.

Die großformatigen Bilder, die wie Mahnflächen an das Jubiläum dieses wichtigen Tages erinnern, sprechen für sich und geben Rechenschaft über den Mut und Kampfwillen jener Menschen, die damals bereit waren, für ihre Freiheit auf die Straßen zu gehen und dabei ihr Leben zu riskieren.

Am Tag der Eröffnung war Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner anwesend und sprach eine sehr wichtige Wahrheit aus, über die man sicherlich ein wenig nachdenken sollte: „Ohne den 17. Juni 1953 hätte es den 9. November 1989 nicht gegeben. Der 17. Juni 1953 muss präsenter werden.“

In der Tat: 1989 ist jedem bekannt als das Jahr, in dem in einem friedlichen Akt des Widerstandes ein autoritäres System zu Fall gebracht wurde. Doch die ersten Steine dafür wurden 1953 gelegt, und sie hatten auch Konsequenzen für die Volksrepublik Polen und die Menschen in Ungarn. Sie zeigten, dass man ein Land nicht gegen seine Bürger regieren kann und dass der Wille des Volkes, auch wenn es manchmal länger dauert, sich am Ende durchsetzt.

Das Politbüro und die Parteisekretäre der DDR lernten ihre Lektion. Und sie hatten fortan Angst vor der Bevölkerung. Die fünfte Texttafel der Ausstellung Unter den Linden bringt es auf den Punkt: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“, soll Stasi-Chef Erich Mielke Ende August 1989 gefragt haben, unsicher, was passieren würde. Es war jener historische Zeitpunkt, als immer mehr Ostdeutsche auf die Straße gingen. Das zeigt, wie groß die Angst des Machtapparats vor dem Willen des Volkes war, der sich am 17. Juni 1953 erstmals in seiner vollen Gewalt gezeigt hatte. Auf der Tafel heißt es außerdem: „Straßen und Plätze tragen das Datum in ihrem Namen. Der Volksaufstand steht auf den Lehrplänen und ist mittlerweile als Teil der deutschen Freiheits-



Unter den Linden: eine der Bildertafeln zum Volksaufstand in der DDR – 70 Jahre 17. Juni 1953

MARKUS WÄCHTER/BLZ

und Demokratiegeschichte in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur verankert. Zu Recht. Das Datum mahnt uns auch nach 70 Jahren, für unsere demokratischen Werte einzustehen.“

Bjoern Weigel, der Kurator der Ausstellung von Kulturprojekte Berlin, wies bei der Eröffnung darauf hin, dass im Juni 1953 viele der Fotos, die uns heute den Aufstand zeigen könnten, nie gemacht wurden. Es gibt keine Bilder aus den Fabriken und von den Arbeitsplätzen, wo die Proteste ihren Anfang nahmen. Erst später, als der Aufstand schon ausgebrochen war, kamen westeuropäische Fotografen dazu und machten Bilder. Die dezente Ausstellung unterstreicht diesen Aspekt: Sie lässt Platz für die Imagination, für die Fantasie und für das Heute.

Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, sprach bei der Eröffnung. Sie zeigte auf die russische Botschaft und erklärte, dass die Tafeln mit voller Absicht direkt gegenüber des Gebäudes aufgestellt wurden. Die Bilder sollen den Aggressor daran erinnern, dass Russland nun jene Fehler wiederholt, die auch das sowjetische Regime in den 50er-Jahren gemacht hatte, indem es einem anderen Volk seinen Willen aufzudrücken versuchte. Heute ist das Opfer die Ukraine.

Die Geschichte ist lang, und manchmal ist sie gerecht. Die Ausstellung macht Hoffnung, dass am Ende der Unterdrückter verliert und der Souverän, nämlich das Volk, gewinnt. *Tomasz Kurianowicz*

Die Fotoausstellung zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR ist bis Sonntag, 18. Juni, zu sehen. Am 17. und 18. Juni wird es um 11, 13 und 15 Uhr kostenlose Führungen durch die Ausstellung am Standort Unter den Linden geben, Anmeldung ist nicht erforderlich.

IMPRESSUM



KULTUR PROJEKTE BERLIN
Eine Ausstellung der Kulturprojekte Berlin GmbH in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung Aufarbeitung und dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2023.

Gesamtleitung: Moritz van Dülmen, Simone Leimbach
Wissenschaftliche Leitung: Dr. Bjoern Weigel
Projektmanagement: Stephanie Richter
Ausstellungsgestaltung: Denise Pleger
Kommunikation: Till Hurlin, Zora Block, Gregor van Dülmen, Helen Roßbach, Lena Isabelle Ritter
Technik: Reik Witzmann

IMPRESSUM BEILAGE

Konzeption: Kulturprojekte Berlin GmbH
Redaktion: Dr. Bjoern Weigel, Anja Karrasch
Koordination: Zora Block
Bilder: Anna Tiessen

Gestaltung und Produktion:
Berliner Zeitung am Wochenende

Editor in Chief: Dr. Tomasz Kurianowicz (ViSdP)
Art Direction: Uroš Pajovic
Layout: Christiane van Ryßen
Illustration: Roshanak Amini

17. Juni 1953 : Aufstand in der DDR

Eine Open-Air-Ausstellung zeigt an Berliner Schlüsselorten des Aufstands oft erschütternde Bilder vom Protest und seiner Niederschlagung durch Panzer der Roten Armee und die ostdeutschen Sicherheitskräfte

Das Jahr 1953 ist in die Berliner und deutsche Geschichte als das Jahr des Volksaufstands in der DDR eingegangen: Tausende Berliner und Berlinerinnen folgten am Morgen des 17. Juni den Bauarbeitern eines Blocks an der Stalinallee, die über die Leipziger Straße zum Sitz der DDR-Regierung zogen.

Dabei war das Ereignis weder auf diesen einen Tag noch auf Ost-Berlin begrenzt. Noch war es überhaupt spezifisch deutsch. Im gesamten Ostblock regte sich – insbesondere nach dem Tod des sowjetischen Diktators Stalin – Protest gegen die Herrschaft der Kommunisten, die politische Unfreiheit und auch die schlechte wirtschaftlichen Lage.

Der Volksaufstand in der DDR war nicht der erste Aufstand im kommunistischen Herrschaftsbereich, doch einer der größten, gefolgt von Ungarn 1956, der Tschechoslowakei 1968 und Polen 1980. Alle hatten eines gemeinsam: Sie endeten unter den Ketten und Kanonen sowjetischer Panzer. 55 Tote, mehr als 15.000 Verhaftete in der DDR, das ist die Bilanz jener Tage im Juni 1953.

Eine Ausstellung auf der Straße Unter den Linden zeigt zum 70. Jahrestag des Aufstands seltene, aber auch weltbekannte Bilder vom Protest der Menschen und dessen Niederschlagung durch Panzer der Roten Armee. Auch DDR-Sicherheitskräfte waren beteiligt. Dass die Ausstellung vis-à-vis der Russischen Botschaft steht, ist kein Zufall: An diesem historischen Ort des Aufstands in Berlin bekommen die Bilder der sowjetischen Panzer beklemmende Aktualität. Sie erinnern daran, dass auch heute russische Panzer eingesetzt werden, um im Namen der Dienstherren des Hauses gegenüber Bestrebungen nach Freiheit und Demokratie zu unterdrücken. Wie vor 70 Jahren auf fremdem Territorium, das dem eigenen Machtbereich zugehörig erklärt wird – und doch ganz anders als vor 70 Jahren mit einem blutigen Krieg in der Ukraine, der bereits 2014 begann und im letzten Jahr eskalierte.

Die überlieferten Bilder von 1953 können keine vollständige Chronologie der Ereignisse zeigen, da einiges – wie zum Beispiel der Beginn des Aufstands in Ost-Berlin – nicht fotografiert worden ist. Sie zeigen jedoch den Mut der Menschen, selbst im Angesicht von Panzern für Freiheit und Demokratie zu protestieren und zu kämpfen.



Gedenkaktion zum Volksaufstand in der DDR – 70 Jahre 17. Juni 1953, hier am Standort Finanzministerium

ANNA TIESSEN/KULTURPROJEKTE BERLIN



Gedenkaktion zum Volksaufstand in der DDR – 70 Jahre 17. Juni 1953 am Standort Seestraße

ANNA TIESSEN/KULTURPROJEKTE BERLIN

Neben der zentralen Ausstellung auf der Straße Unter den Linden sind ausgewählte bedeutende Orte des Aufstands in Berlin ebenfalls mit großen Fotos markiert: der Beginn des Aufstands an der heutigen Karl-Marx-Allee, das Ziel am heutigen Bundesfinanzministerium, der Potsdamer Platz als einer der Orte, an dem die bekanntesten Fotos entstanden, auf denen sich Demonstrierende verzweifelt mit Steinen werfend gegen die sowjetischen Panzer zu wehren versuchten, sowie der Friedhof Seestraße, auf dem elf Opfer der gewaltsamen Niederschlagung bestattet sind.

Wir von Kulturprojekte Berlin verschaffen mit Open-Air-Ausstellungen an historischen Schauplätzen bekannten und weniger bekannten Ereignissen Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum. Dass wir zum 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR gemeinsam mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine solche konzipieren und realisieren konnten, ist uns ein besonderes Anliegen. Allen Beteiligten möchten wir herzlich für die Ermöglichung und Umsetzung des Projektes danken.

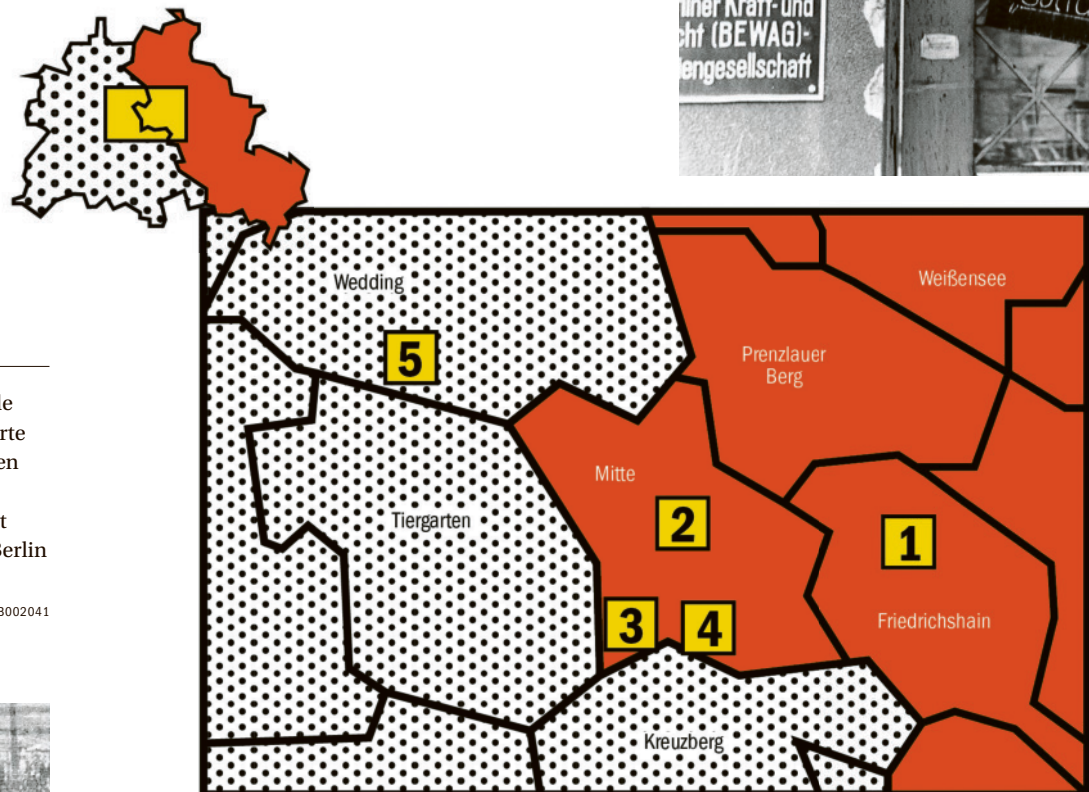
Moritz van Dülmen

STATIONEN DES PROTESTS IN BERLIN

KARL-MARX-ALLEE (DAMALS STALINALLEE)

Hier begann der Aufstand. Bereits am 16. Juni legten Bauarbeiter die Arbeit nieder und formierten sich zu einem Protestzug. Sie riefen für den folgenden Tag zum Generalstreik gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen auf. Das Foto zeigt ein Schild mit Solidaritätsbekundung an der Bewag-Zentrale in der Luisenstraße in Mitte.

70 JAHRE DDR-VOLKSAUFSTAND/ADSD/FES; 6/FOT FB002891



UNTER DEN LINDEN

Auf dem Vorzeige-Boulevard sammelten sich Tausende Menschen zu einem Demonstrationszug. Der Weg führte die meisten zum Sitz der DDR-Regierung, einige wollten durch das Brandenburger Tor marschierend für ein vereinigtes Deutschland demonstrieren. Das Foto zeigt Stahlwerker aus Hennigsdorf (DDR), die durch West-Berlin in Richtung Innenstadt ziehen.

70 JAHRE DDR-VOLKSAUFSTAND/ADSD/FES; 6/FOT FB002041



POTSDAMER PLATZ

Rund um den Potsdamer und den Leipziger Platz kam es zu den härtesten Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und den inzwischen aufgefahrenen sowjetischen Panzern. Dieses Foto entstand, als Schüsse fielen und die Demonstranten vor der Gewalt von Militär und Polizei flohen.

70 JAHRE DDR-VOLKSAUFSTAND/BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG, EASTBLOCKWORLD, 1212152



BUNDESFINANZMINISTERIUM (DAMALS HAUS DER MINISTERIEN, SITZ DER DDR-REGIERUNG)

Die DDR-Regierung hatte sich bereits im Sowjetischen Hauptquartier in Karlshorst in Sicherheit gebracht, als die Demonstranten direkt vor dem eigentlichen Regierungssitz demokratische Grundrechte einforderten. Mit Panzern sollten die Menschen – auch am benachbarten Potsdamer Platz – eingeschüchtert und verjagt werden.

70 JAHRE DDR-VOLKSAUFSTAND/ADSD/FES; 6/FOT FB003466

FRIEDHOF SEESTRASSE

Allein in Berlin forderte der Einsatz des Militärs mindestens 15 Tote. Elf von ihnen wurden auf dem Friedhof Seestraße im West-Berliner Bezirk Wedding begraben. Während die DDR die Ereignisse zuerst propagandistisch instrumentalisierte und dann totschwie, erkor die BRD den 17. Juni zum Nationalfeiertag. 1963 spricht der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt zur Gedenkfeier am Rathaus Schöneberg.

70 JAHRE DDR-VOLKSAUFSTAND/ADSD/FES; 6/FOT FB046255



Was bedeutet uns der 17. Juni?

In der BRD war er 36 Jahre lang Nationalfeiertag – mal gab es viel, mal wenig Interesse. Und heute?

Wer von den vielen Autofahrern, die täglich zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule auf der Straße des 17. Juni ihre Wagen steuern, wüsste zu sagen, was vor 70 Jahren in der DDR geschah? Ältere Semester, so sie noch Auto fahren, vielleicht, aber was bedeutet der Volksaufstand für das Heute?

Tatsächlich hatte der 17. Juni auch während des Kalten Kriegs unterschiedlich große Konjunktur. Nur wenige Wochen nach dem blutig niedergeschlagenen Aufstand der DDR-Bürger bestimmte der Bundestag am 3. Juli 1953, den 17. Juni als „Symbol der deutschen Einheit in Freiheit“ zum gesetzlichen Feiertag zu machen – 36 Jahre sollte das so bleiben.

Im Jahr 1963 erhob Bundespräsident Heinrich Lübke ihn zusätzlich zum „Nationalen Gedenktag des Deutschen Volkes“. Die Bundesregierung veranstaltet jährlich Gedenksitzungen, Feierstunden oder Staatsakte im Bundestag. Doch schon ab 1968 gab es keine Gedenkstunde mehr. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger beschränkt sich auf eine Fernsehansprache. Es gab sogar Überlegungen, den 17. Juni als Feiertag abzuschaffen. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand verlor das Gedenken in der Bevölkerung zusehends an Bedeutung. Die deutsche Teilung schien vielen unüberwindlich.

Frauen beim Protest

Viele Frauen protestierten am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin. Ihre Geschichten beeindruckten

Am 17. Juni 1953 erkletterten einige junge Menschen während des Volksaufstandes das Brandenburger Tor. Sie entfernten die dort wehende Rote Fahne und ersetzten sie durch die Deutschlandfahne. Währenddessen näherten sich sowjetische Panzer und erste Schüsse fielen. Im letzten Moment schafften es die Wagemutigen heil vom Brandenburger Tor herunter.

Eine von ihnen war Ingeborg, eine Studentin der Humboldt-Universität in Ost-Berlin. Am Nachmittag des 17. Juni 1953 berichtete sie im Rias (Rundfunk im amerikanischen Sektor) stolz über die Aktion: Wir „schwangen dann oben ganz frei unsere Fahnen. Unten jubelte die Menge. Wir wussten: Jetzt hatten wir irgendetwas erreicht“.

Ingeborg war nur eine von vielen Frauen, die den Volksaufstand aktiv mitgestalteten. So waren in den Streikleitungen von Betrieben Frauen vertreten, zum



Straße mit Geschichte: Das Datum des 17. Juni 1953 präsent zu halten, ist eine Daueraufgabe.

AKG-IMAGES/DPA

Mit der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler 1969 begann dann die „Neue Ostpolitik“. Entspannung in Europa war das Ziel, das Ende der Hallstein-Doktrin, nach der gleichzeitige diplomatische Beziehungen zur BRD und zur DDR durch Drittstaaten als „unfreundlicher Akt“ gewertet wurden. Eine besondere Betonung des Aufstandes gegen die DDR-Oberen wäre da wohl kein besonders zuträgliches Signal gewesen. Denn stets stand beim Gedenken, wie der Name bezeugt, weniger der Kampf der DDR-Bürger gegen Diktatur und Unrecht im Mittelpunkt als das Ziel der Wiedervereinigung.

Erst zum 25. Jahrestag des Aufstandes fand wieder eine offizielle Gedenkstunde statt. Ab 1981 wird der 17. Juni wieder mit einer gesonderten Gedenksitzung des Bundestages begangen, da ist Helmut Schmidt

Kanzler, und 1982 kommt mit Helmut Kohl wieder die CDU an die Macht, die eine selbstbewusstere und konfrontativere DDR-Politik verfolgt. Und schließlich, nach dem Mauerfall am 17. Juni 1990, gedenken zum ersten und einzigen Mal Vertreter aus West und Ost gemeinsam des Volksaufstandes.

Seit der Einheit hat der damalige Aufstand gegen die Sowjet-Unterdrückung dramatisch an Relevanz verloren. Er scheiterte, die friedliche Revolution von 1989 hingegen war erfolgreich. Eine befriedete Gesellschaft wählte nun den friedlichen Widerstand als Weg zum Ziel. Doch mit dem Überfall auf die Ukraine erfährt die pazifistische Freiheitsbewegung eine Neubewertung. Hat bewaffneter Widerstand manchmal doch Erfolg? Die Zeit wird es zeigen.

Moritz Eichhorn



Männliche und weibliche Stahlwerker aus Hennigsdorf ziehen durch den West-Berliner Bezirk Wedding nach Ost-Berlin – begleitet von Westpolizisten.

70 JAHRE DDR-VOLKSAUFSTAND/ADSD/FES; 6/FOT FB001831

Beispiel im Kabelwerk Oberspree. Frauen motivierten andere Menschen zum Streik. Sie waren unter den Beschäftigten der Stalinallee, die bereits am 15. Juni streikten, und auch unter den Arbeitenden aus Hennigsdorf, die am 17. Juni zu Tausenden 30 Kilometer weit durch West-Berlin zum Potsdamer Platz zogen. Auch unter den Verhafteten waren etliche Frauen. Das zeigen Fotografien aus einem provisorischen Haftlager im Magerviehhof in Berlin-Lichtenberg.

Dass Frauen den Volksaufstand aktiv mitgestalteten, verwundert nicht. Knapp die Hälfte aller Frauen in

der DDR war 1953 berufstätig. Die Forderungen des Volksaufstandes betrafen also auch sie. Besonders die Versorgungsengpässe, die den Frust der Streikenden angeheizt hatten, bekamen Frauen zu spüren. Im Normalfall waren sie es, die mit ihren Lebensmittelkarten stundenlang an den Geschäften anstanden.

Frauen unterstützten am 17. Juni 1953 aber auch das SED-Regime. FDJlerinnen versuchten, die Menschen vom Streik abzuhalten, ein schier unmögliches Unterfangen angesichts der Masse von Demonstrierenden. An der Spitze des SED-Regimes wurde der Volksaufstand zum Schicksalspunkt für Frauen: Elli Schmidt, die damalige Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes, kritisierte Walter Ulbricht und sein Vorgehen und verlor dafür ihren Posten. Hilde Benjamin wurde aufgrund ihres Einsatzes bei der strafrechtlichen Verfolgung der Protestierenden nach dem 17. Juni 1953 Justizministerin.

Auch die Folgen des Aufstandes bekamen Frauen auf unterschiedliche Weise zu spüren. Viele von ihnen wurden verhaftet, waren tagelang inhaftiert und kamen dann entweder frei oder mussten eine Haft- oder Zuchthausstrafe verbüßen. Vier Frauen starben.

Die Geschichtsschreibung zum Volksaufstand in der DDR bietet den Geschichten der Frauen bisher wenig Platz. Unser Bild vom 17. Juni 1953 dominieren Bauarbeiter, die Protestresolutionen verfassen und mutig vorangehen. In der historischen Forschung zur Geschichte Deutschlands nach 1945 mangelt es an genderhistorischen Erzählungen. Es ist Zeit, das zu ändern.

Dr. Andrea Bahr, Michèle Matetschk



Am Leipziger Platz werfen Demonstranten Pflastersteine auf sowjetische Panzer.

70 JAHRE DDR-VOLKSAUFSTAND/BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG, EASTBLOCKWORLD, 1212156

Und in der DDR? Der 17. Juni 1953 und die Massenproteste gegen die Diktatur waren ein Tabuthema. Die SED deutete den Aufstand öffentlich als vom Westen inspirierten „faschistischen Putschversuch“. Jahrzehnte später formierte sich in der DDR wieder eine Opposition: Doch für mich und viele andere Oppositionelle in den 80er-Jahren spielten der Volksaufstand und das mutige Aufbegehren seiner Protagonistinnen und Protagonisten keine Rolle.

Nach der Friedlichen Revolution von 1989/90 und dem Sturz des SED-Regimes bestimmte der Einigungsvertrag den 3. Oktober zum „Tag der Deutschen Einheit“. Am 17. Juni gedachte man weiterhin der Opfer, legte Kränze auf dem Friedhof Seestraße oder an anderen Orten nieder. Das Erinnern an den Volksaufstand wurde von den frischen Erinnerungen an die Friedliche Revolution überstrahlt.

Freilich gibt es – gerade in „runden“ Gedenkjahren wie 2023 – vielerlei Projekte, mit denen die Geschichte des 17. Juni thematisiert und der Opfer gedacht wird. Doch steckt die Erinnerungs- und Gedenkkultur zu oft in überkommenen und deshalb unattraktiven Formaten fest. Wir legen Kränze nieder, verständigen uns in der Wissenschafts- und Aufarbeitungsgemeinschaft über die Bedeutung des Volksaufstandes, und es erscheinen – auch dies immer weniger – neue Forschungsergebnisse zu dem Ereignis. Doch können wir in der Gesellschaft unserer Stadt und unseres Landes damit noch Aufmerksamkeit wecken? Können die Menschen heute noch daran anknüpfen und sich ein eigenes Bild vom Volksaufstand und seiner Bedeutung für unsere Geschichte machen? Mit Blick auf die letzten Jahre bin ich da sehr skeptisch.

Gleichzeitig merke ich in den letzten Tagen, dass das Interesse für die Geschichte des Volksaufstandes und seiner Folgen durchaus geweckt werden kann, wenn wir zeitgemäße Formate wählen, wenn wir uns auf die Bedürfnisse unserer jeweiligen Gesprächspartner einstellen und Bezüge zu aktuellen Themen einbauen. Das hat sich mir eindrücklich letzte Woche im Abgeordnetenhaus gezeigt, als ich mit fast 200 Kindern im Grundschulalter über den 17. Juni 1953 sprechen durfte. Den Zugang für diese Kinder schuf eine Lesung des Buches „Tage wie Jahre“ von Klaus Kordon. Darin geht es um die Geschichte des 10-jährigen Frank, der den Aufstand in Ost-Berlin erlebte. Hieran konnten die Kinder leicht anknüpfen und ihre Fragen loswerden, die sie zudem mit einem Historiker besprechen konnten.

Es ist nichts Neues, dass wir durch Aktualitätsbezüge und zeitgemäße Formate Menschen besser erreichen. Doch sehe ich, dass wir in der Aufarbeitung und Vermittlung der DDR-Geschichte noch dringenden Nachholbedarf haben und in den nächsten Jahren daran arbeiten müssen und werden, die Relevanz – nicht nur des 17. Juni 1953 – für die dringend notwendige gesellschaftliche Selbstverständigung deutlich zu machen.

Große Hoffnungen setze ich dabei in das von Bund und Land geplante Forum Opposition und Widerstand. Dort wird die DDR-Geschichte Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Gegenwart sein. Das Forum wird zeigen, dass Themen, die die Menschen vor Jahrzehnten in Ostdeutschland bewegten, auch heute noch aktuell sind: der Kampf um politische Teilhabe und um Freiheits- und Menschenrechte, der Schutz der Umwelt, die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, die Sicherung des Friedens sowie – besonders angesichts aktueller Ost-West-Debatten – die Deutsche Einheit. Wenn es uns gelingt, auf diese Weise für gesellschaftliche Herausforderungen der Gegenwart zu sensibilisieren, wenn wir Geschichte mehr denn je neu und modern vermitteln, dann wird auch die Erinnerung an den Volksaufstand von 1953 nicht länger verblasen.

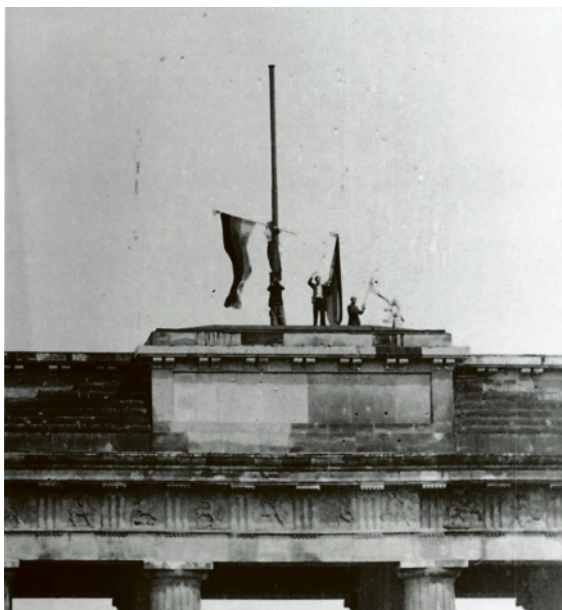
Frank Ebert

Erinnern an den Volksaufstand

Unser Autor, Jahrgang 1970, war Oppositioneller in der DDR. Für ihn ist der 17. Juni ein besonderer Gedenktag und er sagt: Weder damals noch heute wird seine Bedeutung genug erkannt

Heute erinnern wir an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR. Mehr als eine Million Menschen gingen damals auf die Straße, um für Demokratie und gegen das SED-Regime zu protestieren. Sowjetische Soldaten und DDR-Sicherheitskräfte schlugen den Aufstand blutig nieder. Doch wie präsent ist uns dieses wichtige Ereignis der deutschen und europäischen Zeitgeschichte heute? Wie erinnern wir an den Volksaufstand und ist dies noch zeitgemäß?

Bereits wenige Wochen nach dem 17. Juni 1953 erklärte der Deutsche Bundestag den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ und zum gesetzlichen Feiertag in der Bundesrepublik. Doch schon Anfang der 60er-Jahre verblasste der Volksaufstand in der kollektiven Erinnerung. Der Feiertag war für viele Menschen in Westdeutschland willkommene Auszeit, das Gedenken an die Ereignisse stand immer weniger im Mittelpunkt. Ende der 60er-Jahre dachte die Bundesregierung sogar darüber nach, den Feiertag abzuschaffen. Feierlichkeiten im Bundestag fanden jenseits des Gedenkens in den regulären Sitzungen lange Jahre nicht mehr statt.



Demonstranten (unter ihnen eine Frau im hellen Kleid) holen die Rote Fahne vom Brandenburger Tor und schwingen stattdessen Deutschlandfahnen.

DHM



Auf dem Potsdamer Platz schlägt ein Demonstrant mit einer Eisenstange auf einen sowjetischen Panzer ein.

70 JAHRE DDR-VOLKSAUFSTAND/BUNDESPRESSEAMT DER BUNDESREGIERUNG/PERLIA-ARCHIV/BILD/NR.203037

„Wir wollen freie Menschen sein“

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 veränderte die DDR, nahm aber auch Einfluss auf Polen und Ungarn. Die Machthaber in der Sowjetunion bekamen es mit der Angst zu tun. Ein Überblick

Seit ihrem Machtantritt hatte es unzählige Widerstandsaktionen gegen die Errichtung der kommunistischen Diktatur gegeben. Die Macht der SED-Führung beruhte vor allem auf der Präsenz der sowjetischen Besatzungsmacht und deren Panzern. Sie reagierte auf den Aufstand im Juni 1953 mit Zuckerbrot und Peitsche. Zum einen wurde der forcierte „Aufbau des Sozialismus“ in der Wirtschaft abgebrochen und die Produktion von Konsumgütern verstärkt, um der Unzufriedenheit mit dem Lebensniveau und auch der verstärkten Fluchtwelle Tausender Menschen in den Westen zu begegnen. Zum anderen wurde der Sicherheits- und Überwachungsapparat massiv ausgebaut: Nie wieder sollte so eine Protestbewegung entstehen können.

Im Westen Deutschlands und im Ausland stieß der Aufstand auf ein zwiespältiges Echo: Man solle doch erst einmal abwarten; nichts Genaueres wisse man. Andererseits erklärte der Deutsche Bundestag den 17. Juni nur wenige Wochen später zum Tag der

deutschen Einheit und zum Feiertag in der Bundesrepublik. In Frankreich prangerte Albert Camus die Gewalt und die kommunistische Unterdrückung gegen unbewaffnete Arbeiter an und nahm auf die Bilder Bezug, auf denen Arbeiter mit „nackten Fäusten“ gegen Panzer stehen. In Großbritannien und den USA wurde der Mut der Aufständischen gefeiert. Die BBC kommentierte: „Deutschland ist in den Kreis der westlichen Völkerfamilie heimgekehrt.“ Während in der westlichen Welt über den Aufstand im kommunistischen Teil Deutschlands berichtet wurde, sah die Situation im sowjetischen Machtbereich ganz anders aus. Überprüfbare, unabhängige Meldungen über die Vorgänge in der DDR und in Ost-Berlin drangen nur spärlich über den Eisernen Vorhang. Wer sich informieren wollte, konnte dies vor allem über die Meldungen bei Radio Free Europe, das seit 1951 aus München sendete, oder den Rias in West-Berlin tun.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR war die erste landesweite Erhebung gegen die kommu-

nistische Herrschaft nach 1945. Nur drei Jahre später folgten die ungarische Revolution und Proteste in Polen. 1968 begehrt die Menschen in der CSSR gegen die kommunistische Herrschaft auf und forderten einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Ein – aus Moskauer Sicht – ständiger Unruheherd war Polen, wo 1956 bei einem Aufstand in Posen ebenso viele Menschen getötet wurden wie in der ganzen DDR am und nach dem 17. Juni 1953, und wo die Menschen 1968, 1970 und 1980 massenhaft auf die Straßen gingen. Zeitweilig rangen sie dem Regime dabei riesige Zugeständnisse ab.

Immer wieder wurden im Ostblock Proteste blutig niedergeschlagen. Die Bilder der sowjetischen Panzer, die die Aufstände niederwalzten, wurden zum Symbol für die brutale Gewalt, mit der der Freiheitswillen der Menschen unterdrückt und die kommunistische Herrschaft unter sowjetischer Führung im östlichen Europa gesichert werden sollte. 1989 nutzte die SED-Führung in der DDR die Bilder der chinesischen Panzer, die am 4. Juni Massenproteste auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ niedergeschlagen hatten, um der Bevölkerung in der DDR unmissverständlich klarzumachen, dass man auch eine „chinesische Lösung“ wählen könne, um den Ruf nach Freiheit und Demokratie zu unterdrücken. Doch die Zeiten hatten sich geändert: 1989 wehte durch den Machtantritt Gorbatschows vier Jahre zuvor ein anderer Wind. Militärische Interventionen in den Staaten des Ostblocks waren nicht mehr opportun – noch bis 1991 allerdings nur außerhalb der Sowjetunion.

Und so können wir heute nicht nur an den Mut der Menschen erinnern, die zu allen Zeiten gegen Unterdrückung aufbegehrt haben und ihr Leben riskierten, sondern auch an die zumeist friedlichen und vor allem erfolgreichen Revolutionen gegen die kommunistische Herrschaft im Jahr 1989, die das Ende des sowjetischen Imperiums und der kommunistischen Herrschaft in Europa einläuteten.

Dr. Anna Kaminsky



Weitere Station der Gedenkaktion zum Volksaufstand in der DDR – 70 Jahre 17. Juni 1953, hier am Potsdamer Platz

ANNA TIESSEN/KULTURPROJEKTE BERLIN

Unbekanntes Aufbegehren: Die Bauern aus Marzahn

Auch Bauern protestierten gegen das SED-Regime am 17. Juni 1953. Ihr Schicksal war oft tragisch

In Berlin gab und gibt es landwirtschaftliche Betriebe. Als die SED im Sommer 1952 den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR beschloss, bedeutete das auch für sie: Kollektivierung. Alle privaten Betriebe sollten nun beseitigt werden und in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG)

aufgehen. Ökonomisch spielte das in Ost-Berlin zwar nur eine geringe Rolle, doch hatte es einen hohen Prestigewert. Auch in der Hauptstadt der DDR sollte sich die Agrarwirtschaft kommunistisch entwickeln. Nach der Gründung einer ersten LPG Mitte April 1953 in Wartenberg folgte am 1. Mai 1953 die zweite, in Marzahn. Trotz massiver

Fördermaßnahmen litt auch sie unter Ressourcenknappheit. Daher fuhren am Morgen des 17. Juni 1953 drei LPG-Bauern mit einem Pferdefuhrwerk Richtung Innenstadt, um dort Ersatzteile und Futter zu ergattern.

Gegen 12 Uhr näherten sie sich dem Brandenburger Tor. Ein gewaltiger Protestzug holte sie dort ein und plötzlich waren sie mitten drin im Aufbegehren, ohne sich zunächst aktiv daran zu beteiligen. Als jedoch das Gerücht aufkam, ein sowjetischer Panzer habe einen Demonstranten überrollt, gaben zwei der Genossenschaftsbauern ihre Zurückhaltung auf. Eruptiv entlud sich nun ihre seit Monaten aufgestaute Wut über die Politik der SED. Sie sprangen vom Wagen, riefen „Nieder mit denen, Kollegen“ und stoppten wahllos Fahrzeuge. Als sich herausstellte, dass eines dieser Autos der SED gehörte, demolierten sie es. Die Staatssicherheit notierte dazu später: „Es kann nicht gesagt werden, ob der Wagen in Brand gesteckt wurde“. Doch damit nicht genug. Auf dem Heimweg „pöbelten sie einen Mann, der ein SED-Abzeichen trug, an“. Sie forderten ihn auf, selbiges abzulegen und teilten ihm mit, dass seine Partei ab sofort nichts mehr zu sagen habe.

Das war ein Irrtum, wie sich sehr schnell herausstellte. Für die beiden LPG-Mitglieder mag die Episode vorbei gewesen sein, als sie wieder in Marzahn ankamen, für die Staatssicherheit war sie es nicht. Schon am 18. Juni bekam sie Informationen über den Vorfall und handelte schnell. „Sofortige Festnahme wurde veranlasst.“ Das Tragische: Es war der dritte Mann auf dem Wagen, ihr Kollege, der sie ebendort angezeigt hatte. Das weitere Schicksal der Inhaftierten ist bis heute ungeklärt.

Dr. Jens Schöne

PROGRAMMHINWEISE

AUSSTELLUNGSFÜHRUNGEN

Am 17. und 18. Juni finden ganztägig Ausstellungsführungen am Ausstellungsort Unter den Linden statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Weitere Informationen unter www.volksaufstand53.berlin

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Veranstaltungen zum 70. Jahrestag des 17. Juni 1953 (Auswahl):

„Am Montag wird gestreikt!“

Dampferfahrt des Bürgerkomitees „15. Januar e.V.“ in Kooperation mit der Berliner Geschichtswerkstatt und Kulturprojekte Berlin GmbH, Abfahrt am 18. Juni 2023 um 12 Uhr, Historischer Hafen

„Aufstand der Frauen“

Eine Dokumentation von Sabine Michel im Programm des RBB am 14. Juni 2023 um 22.30 Uhr sowie danach in der Mediathek

„Bisky trifft ...“

Thema: 70 Jahre Aufstand des 17. Juni in der DDR. Zu Gast: der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk. Amerika-Gedenkbibliothek, am 18. Juni um 14 Uhr

Weitere Informationen und Veranstaltungshinweise

finden Sie unter bundesstiftung-aufarbeitung.de

ZEITZEUGEN

„Dann wurde beschlossen, den Streik auszurufen“



Harry Springstubbe (Jahrgang 1933) war 1953 Maurerlehrling in der Stalinallee. Als sich die Bauarbeiter der Baustellen auf der Stalinallee am frühen Abend des 16. Juni entschlossen, für den nächsten Tag zum Streik aufzurufen, schickten sie eine Delegation zum Rias-Gebäude. Harry Springstubbe war Teil dieser Delegation und fuhr mit seinen Kollegen ins Funkhaus an der Kufsteiner Straße.

Als ich dort ankam, bin ich also nicht sehr freundlich empfangen worden. Man fragte mich: „Wissen Sie denn überhaupt, was Rias heißt?“ Habe ich denen gesagt: „Ja, Rundfunk im amerikanischen Sektor!“ – „Ja, aber was Sie wollen, das beschwört diplomatische Zwickigkeiten herauf!“ Und darauf habe ich geantwortet: „Ja, sonst haben Sie ja auch keine Lobeshymne auf die Zone gesungen, und jetzt wollen Sie uns im entscheidenden Moment im Stich lassen!“ Ich bin also ganz enttäuscht nach Hause gefahren. Und so gegen 22 Uhr vernahm ich über den Rias Berlin: „Die Bauarbeiter der Stalinallee haben beschlossen, morgen den Generalstreik auszurufen. Treffpunkt ist um 7 Uhr, Strausberger Platz!“

„Psychisch wollten sie einen kaputt machen“



Hardy Firl war 21 Jahre alt und bei Mitropa beschäftigt, als er sich am 17. Juni 1953 den Arbeiterprotesten in Ost-Berlin anschloss. Er unterstützte die Forderungen „Absetzung der Regierung“, „Freie Wahlen“ und „Verringerung der Arbeitsnormen“. Hardy Firl wurde festgenommen und saß wegen seiner Teilnahme am Aufstand bis zum Jahr 1956 im Gefängnis.

Ich ging mit in dem Demonstrationzug, vorneweg in der ersten Reihe, mit einem Transparent in der Hand, und habe die Losungen gefordert, Absetzung der Regierung und vor allen Dingen freie Wahlen, das war das Wichtigste. Und die Aufhebung der Normen, die haben ja unheimliche Normen verlangt, immer mehr arbeiten und weniger Geld. Und dann war da natürlich die Volkspolizei mit ihren Funkwagen, und da war ich noch mit jemandem, wir waren drei Mann und haben gesagt, wir möchten mal die Mikrofone haben. (...) Das Schlimmste war, ich durfte nicht arbeiten während der drei Jahre (im Gefängnis, *Anm. der Redaktion*), psychisch wollten sie einen kaputt machen.

Aufzeichnungen: Anja Karrasch